

Volks-Zeitung

Vierundfünfzigster Jahrgang.

Nr. 320.

Halle, Montag, den 12. Juli 1920.

Einzelpreis 30 Pfg.

Der Sieg des Deutschtums im Osten.

In Westpreußen 92 Prozent, in Ostpreußen 97,9 Prozent deutsche Stimmen — Umschwung in Spa — Es wird doch verhandelt — Die deutschen Vorschläge überreicht.

Das Abstimmungsergebnis in Ost- und Westpreußen.

Wien, 12. Juli. (Sonder-Telegramm.) Vorläufiges Abstimmungsergebnis: Westpreußen: 99 216 abgegebene Stimmen, davon 91 684 deutsche, 7682 polnische, demnach 92 Prozent deutsche. Ostpreußen: 361 069 abgegebene Stimmen, davon 353 655 deutsche, 7408 polnische, also 97,9 Prozent deutsche.

Während im Westen sich noch immer unheimlichwägenere Wollen über der Zukunft des deutschen Volkes zusammenziehen, hat sich am gestrigen Sonntag in den durch den Nordostwind unserer Feinde vom Reich abgetrennten Nordostprovinzen unseres Vaterlandes die Bevölkerung zu einem überwältigendem Bekenntnis zum Deutschtum aufgeschwungen. Die Abstimmungsergebnisse sprechen eine beredte Sprache und sind bezeichnend für die geradezu verriete Aufschwung der Entente-Staatsmänner, daß in dem der Abstimmung unterworfenen Gebieten überhaupt ein nennenswertes Interesse für Polen vorhanden sein könnte. In Westpreußen haben sich nur Lage und streife acht Prozent und in Ostpreußen gar nur wenig mehr als zwei Prozent der Bewohner zum Polentum bekannt. Ob der bevorstehende Zusammenbruch Polens auf dieses Abstimmungsergebnis eingewirkt hat oder nicht, kann keine nennenswerte Rolle spielen, denn die Zahl der schwankenden Gestalten, bei denen das materielle Interesse über das Nationalbewußtsein gesetzt haben könnte, würde kaum so groß sein, daß sie bei der Abstimmung besonders in die Waagschale hätte fallen können. Wohl aber wird die Behandlung, die dem deutschen Volk in Spa seitens der übermächtigen Sieger zu teil ward, auf das mannigfaltigste Bekenntnis unger, ost- und westpreussischer Brüder und Schwestern zum Deutschtum nicht ohne Einfluß geblieben sein. Es ist deutsche Eigenart, gerade in der Not nicht faulenköpfig zu werden, sondern lieber mit dem bedrängten Vaterlande zugrunde zu gehen, als es trennlos im Stiche zu lassen. Alle Vorkunden der Entente haben ebensowenig geteilt, wie die polnischen Gemeindefürer, die mit den niederträchtigsten Angriffen und Gewaltmaßnahmen den günstigen Ausfall der Abstimmung zu unterbreiten suchten.

Das deutsche Volk ist noch nicht für den Untergang reif, wie einzelne verbohrtete Staatsmänner der Alliierten vielleicht glauben machen möchten. Es will in seinem unverfälschten Deutschtum leben, will an seiner Eigenart, an seinen Freiheiten und Rechten festhalten und wie ein Mann zusammenstehen, wenn andere Nationen es ihm freitig machen wollen. Die Bevölkerung Ost- und Westpreußens will beim deutschen Vaterlande bleiben, obwohl es kein künftiges, kein monarchisches mehr ist, sondern als demokratisches Republik seiner Lebenswille gegen seine Feinde verteidigen muß. Auch diese Tatsache darf nicht übersehen werden und aus ihr sollten die Fanatiker im übrigen Deutschland wenigstens den Schluß ziehen, daß es widerwärtig ist, in der Not des Vaterlandes Verwirrung in die Reihen des deutschen Volkes zu tragen durch offenkundige Verleumdungen, die durch den Mehrheitswillen des Volkes gedaffene Reichsverfassung zu gefährden. Wie diese Sonderbestrebungen dem deutschen Volk, dem Deutschtum geschadet haben, konnten wir in den letzten Tagen in Spa zur Genüge erkennen. Die Wit und der Haß unserer Gegner richteten sich nicht gegen das deutsche Volk als solches, sondern gegen Kaiserium und Militarismus, die sie noch immer stark genug schätzen, um den Frieden der Welt von neuem gefährden zu können. In diesen schweren Stunden ist das Bekenntnis der Ost- und Westpreußen zum Deutschtum besonders wichtig und wird seinen Einbruch auf die Verhandlungen in Spa sicher nicht verfehlen. Für die Bestreife Marienwerder und Allenstein hat die Qual der Belagerung und Drangsalierung durch fremde Truppen nur bald ihr Ende erreicht und sie werden binnen kurzem wieder gleichberechtigt angegliedert sein ihrem deutschen Vaterland, das sie mit eigenen Armen aufnimmt und ihnen in Zukunft die Treue halten wird, wie sie es in schwerster Not und Bedrängnis getan haben.

Einzelergebnisse:

Danzig, 11. Juli. Bis 12 Uhr nachts liegen aus dem westpreussischen Abstimmungsgebiet folgende Ergebnisse vor: Stadt Marienburg 9977 deutsche, 156 polnische, 9 unguiltige Stimmen. Stadt Marienburg 2323 deutsche, 50 polnische Stimmen. Stadt Rosenburg 2430 deutsche, 3 polnische, 5 unguiltige Stimmen. Stadt Stuhm 2075 deutsche, 849 polnische Stimmen. Stadt Deutsch-Cröllau 4746 deutsche, 295 polnische Stimmen. Stadt Bischofswerder 1272 deutsche, 287 polnische Stimmen.

Münster, 11. Juli. Der Abstimmungstag im ostpreussischen Abstimmungsgebiet lief liberal ruhig verlaufen. In den Kreisen Drielsburg, Kögen, Fierode, Censburg, Zuck, Johannisburg war die Beteiligung der Stimmenträger außerordentlich zahlreich. Auch in Allenstein vollzog sich die Wahlhandlung völlig ruhig.

Königsberg, 11. Juli. Gegen 11 Uhr nachts liegen hier folgende Teilergebnisse vor: Kögen-Stadt 4009 deutsche, 3 polnische, 3 unguiltige Stimmen. Vorläufiges Ergebnis aus dem Kreise Kögen, zwei Bezirke fehlen noch: 28 023 deutsche, 9 polnische Stimmen. Zuck, vorläufiges Ergebnis aus 84 Bezirken ohne die Stadt Zuck: 11 584 deutsche, 20 polnische Stimmen. Drielsburg-Stadt: 5386 deutsche, 15 polnische Stimmen. Drielsburg-Stadt und Kreis: Teilergebnis: 25 824 deutsche, 270 polnische Stimmen. Bischofsburg-Stadt: 34 100 deutsche und 49 polnische Stimmen. Marggrabowa-Stadt: 3913 deutsche, keine polnische Stimme. Fierode-Stadt und Kreis, vorläufiges Teilergebnis: 25 000 deutsche, 500 polnische Stimmen. Deutsch-Kreis: 21 885 deutsche, 1 polnische Stimme. Münster-Stadt, vorläufiges Teilergebnis: 17 652 deutsche, 352 polnische Stimmen. Johannisburg-Stadt, ein Bezirk fehlt noch: 2933 deutsche, 9 polnische Stimmen. Wrsz: 1486 deutsche, keine polnische Stimme.

Neues aus Spa.

Die Sonnabend-Nachmittags-Sitzung.

Die Nachmittagsitzung am Sonnabend brachte die Entscheidung über das Schicksal der Konferenz.

Der französische Ministerpräsident Millerand ergriff sofort das Wort zu längeren Ausführungen und erklärte, er werde sich den Ausführungen des Ministers Dr. Simons in der heutigen Vormittagsitzung zu. Millerand sprach dann aus, daß die Beziehungen der Alliierten zu Deutschland so — er ludte hier nach einem Wort — friedlich (pacifisch) wie möglich wären. Das sei ein Bedürfnis für ganz Europa. Dieser Teil der Rede Millerands getrimmt sich durch ganz besondere Wärme aus, die überhaupt die ganze Rede durchzog. Millerand schloß die Ausführungen mit dem Entschluß, daß man sich durch Beratungen der Sachverständigen einig und ging ausführlich auf die Kohlenfrage einige und schloß den sofortigen Zusammentritt der Sachverständigen in einem in der Nähe gelegenen Hotel vor.

Die Kommission trat sofort zusammen und erklärte sich bereit, ihren Bericht bis Sonntag nachmittag fertigzustellen.

Nach Wiederaufnahme der Sitzung ergriff Minister Dr. Simons das Wort und widersprach zunächst den Ausführungen Millerands über die Berechtigung von Zwangsmaßnahmen bei Nichterhaltung der Kohlenlieferungen. Es handelte sich hier zweifellos um ein Mißverständnis. Er dankte dann für die freundlichen Worte, welche Millerand Deutschland gemeldet hatte und ging ausführlich auf die Pläne der deutschen Regierung in der Wiedergutmachungsfrage ein. Die Beratungen seien noch nicht ganz abgeschlossen, er erklärte sich jedoch bereit, die Pläne der deutschen Regierung Montag früh schriftlich darzulegen.

Die Sitzung wurde schließlich auf Sonntag 5 1/2 Uhr nachmittags vertagt, wo der Bericht der Kohlenkommission vorgelegt und Beschluß darüber gefaßt werden sollte.

Die Sonntag-Sitzung.

Spa, 11. Juli. Beim Beginn der heutigen Sitzung teilte Ministerpräsident de la Croix mit, daß der britische Ministerpräsident ein unpäfflich sei und daß daher die Entscheidung in der Kohlenfrage, über die die bedrängten Sachverständigen seit gestern im Gange sind, bis zur morgigen Sitzung verschoben werde. Ministerpräsident Millerand verlas den Bericht der alliierten Sachverständigen und betonte, daß die Entscheidung der alliierten Regierungen erst morgen stattfinden werde, und ersuchte um Ueberretung der deutschen Wiedergutmachungsvorschläge. Reichsminister Dr. Simons führte darauf aus, daß nach dem von Herrn Millerand verlesenen Bericht von Deutschland monatlich 3 Millionen t Kohle für den dem deutschen Kohlenwirtschaftsverband angelehnten Kohlenmarkt verlangt werde, monach der deutschen Industrie nur ein Drittel ihres notwendigen Kohlenbedarfes beschaffen werde. Auf sein Ersuchen wurde die Sitzung für den Abend einen internen Besprechung der deutschen Delegierten kurz vertagt. Nach Wiederaufnahme der Sitzung kündigte Reichsminister Dr. Simons mehrere Entwürfe der deutschen Wiedergutmachungsvorschläge dem Generalsekretär der Konferenz aus. Er ersuchte dabei die Konferenz, die Gesamtheit der deutschen Verpflichtungen aus dem Friedensvertrag an der Hand dieser aus einem unteilbaren Plan anzusehen und die Vorschläge zusammen mit der Kohlenfrage zu prüfen und vorläufig eine Entscheidung in letzterer auszusprechen.

Die Sitzung wurde darauf auf Montag 11 Uhr vormittags vertagt.

Anzeigenpreise:

Die 3 gefaltene 34 mm breite Millimeterzeile oder deren Raum 60 Pf., Familienanzeigen 40 Pf., Reklamen die 92 mm breite Millimeterzeile 2.50 Mark. Anzeigen nehmen an unsere Geschäftsstellen u. sämtliche Anzeigenstellen, Gefälligsmotiv 3 1/2 L., Erhöht täglich 2 mal, Sonntags und Montags 1 mal. Geschäftsstellen: Halle, Neue Promenade 15, Gr. Saubausstr. 17. Neben-Geschäftsstellen: Große Fleischstraße 52 und Markt 24. Postfach-Konto Leipzig Nr. 4609

Was Deutschland leisten kann.

Spa, 11. Juli. In dem den Alliierten von Deutschland vorgelegten Rohlenwirtschaftsplan heißt es u. a.: Unter der Voraussetzung, daß die Wafferrückung im Durchschnitt je Arbeitstag erhalten bleibt, bieten wir den alliierten Mächten eine Menge von 44 000 Tonnen an. Deutschlands Industrie, Landwirtschaft und Hausbrand werden bei jener Produktion und diesen Lieferungen an die Entente mit rund 88 Prozent des Verbrauchs von 1913 beliefert, wie beifolgende Tabelle ausweist. Wir beschäftigen, 50 000 Bergleute jährlich mehr einzustellen und für sie die erforderlichen Wohnungen zu bauen. Wir erwarten hieron eine Mehrförderung von 0,7 Tausen je Mann und Tag. Von der Mehrförderung erhalten die alliierten Mächte für das erste Jahr schon jetzt angerechnet 40 Prozent, für das nächste Jahr 25 Prozent.

Spa, 11. Juli. Der heute vorkliegende deutsche Plan für die Sachleistung gemäß Artikel 236 und Anlage IV zu Teil VIII des Friedensvertrages belagt u. a.: Deutschland schafft eine umfassende Organisation der gesamten Industrie einschließlich des Handwerks für die Durchführung der Lieferungen. Die Organisation ist zweifacher Art: Sowie die Anforderungen Spezialmaterial betreffen, das hauptsächlich von der Großindustrie hergestellt wird, erfolgt die Vergabe durch die Hochverbände der Industrie, soweit es sich um Maschinen (sogenannte Katalogwaren) handelt, an deren Herstellung auch Handwerker und Kleinbetriebe beteiligt werden, die Lieferung durch eine Ausgleichsstelle an die anderen Länder des Reiches verteilt, die Länder alle — auch die Nachbarländer — übernehmen die Sortierung für die tatsächliche Ausführung. Die Sachlieferungen sind zu Weltmarktpreisen zu berechnen. In welchem Umfang und in welcher Weise die Anrechnung der Sachlieferungen erfolgt, wird bei der Regelung der Wiedergutmachungsfrage bestimmt. Einer aus Sachverständigen zu bildenden Kommission wird die Prüfung des Planes und seine Durchführung übertragen.

Sodann heißt es weiter: Die deutsche Regierung weist darauf hin, daß nach ihren Berechnungen die bis zum 1. Mai 1921 zu zahlenden 20 Milliarden Gold nicht schon geliefert sind, sondern daß bereits ein erheblich höherer Betrag gefaßt worden ist. Eine Regelung für die Zukunft kann nur nach der wirtschaftlichen und finanziellen Leistung Deutschlands bemessen werden. Für das Maß der deutschen Leistungsfähigkeit verweist die deutsche Regierung auf die überreichlichen Denkschriften, namentlich auf Deutschland die notwendigen Lebensmittel, Futtermittel, Düngemittel und sonstige Rohstoffe auf angemessenen Zahlungsverbindungen zu zahlen können. Die Entschuldigungsverpflichtung ist in Annuitäten (jährlichen Zahlungen zur Abtragung der Schuld) auszubilden. Die Mindestzahl der Annuitäten ist festzustellen. Die Pflicht zur Zahlung von Annuitäten wird auf die im Vertrage von Versailles genannte Frist von 30 Jahren begrenzt. Die Mindestannuität ist festzustellen und berart zu bemessen, wie es aus Grund der deutschen wirtschaftlichen und finanziellen Leistungsfähigkeit irgend möglich ist. Sie umfaßt daher alle Verpflichtungen Deutschlands zur Sach- und Geldleistung, insbesondere auch die Verpflichtung zur Erhaltung der Kosten des Besatzungsheeres. Die Annuitäten werden zum Teil durch die Sachleistungen gedeckt. Die Sachleistungen sind grundsätzlich zum Weltmarktpreise anzusetzen. Da die wirtschaftliche Entwicklung der nächsten 100 Jahre nicht zu übersehen ist, soll eine Beteiligung der alliierten Regierungen an einer wesentlichen Besserung der Finanz- und Wirtschaftslage Deutschlands vorgesehen werden. Hierzu soll ein Ueberschaubarer ausgearbeitet werden. Es ist eine Höchstsumme zu bestimmen, nach deren Abtragung Deutschland von jeder weiteren Entschuldigungsverpflichtung frei wird.

Für die Feststellung der Mindestannuitäten sollen schnellstens Sachverständige beider Parteien zusammenzutreten. Die deutsche Regierung gibt die Anregung, den Wiederaufbau der zerstörten Gebiete durch ein großes internationales Siedlungsunternehmen vorzunehmen zu lassen. Der Plan ist folgendermaßen gezeichnet: Es wird ein internationales Syndikat von Unternehmen gebildet, zu dem allen Staaten die Beteiligung offen gehalten wird. Das Syndikat erhält die Aufgabe, die Aufzucht und den Aufbau der zerstörten Gebiete durchzuführen. Das Syndikat setzt Unternehmer und Arbeiter aus den alliierten und den neutralen Ländern, sowie aus Deutschland zu diesen Arbeiten heran. Alle Organisationen sind aufzubauen auf Grundlage paritätischer Gemeinschaft von Arbeitgebern und Arbeitnehmern.

Arbeiten des Obersten Rates.

Spa, 11. Juli. Der Oberste Rat beschloß sich mit dem türkischen Friedensvertrag. Die Antwort wird den türkischen Delegierten endgültig am 17. Juli übergeben werden. Es enthält einige Abänderungen zugunsten der Türkei. — In der Lehener Frage ist eine Volksabstimmung vorgelegen. Die Friedens-Stimmen und die Völkern haben, die jedoch ab

